

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt Nr. 439-52.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Seitenspreis: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabestellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 114.— monatlich. — Zugabeleistungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Ausgabestellen: Öffentliche Anzeigen M. 16.—, Anzeigen und Zeitungsanzeigen M. 14.—, auswärtige Anzeigen M. 24.—, örtliche Anzeigen M. 48.—, auswärtige Anzeigen M. 70.— für die einseitige Anzeigenfläche oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachschlag. — Schluss der Anzeigenannahme für diese Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Vorplatz 15300.

Mittwoch, 20. September 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 439. • 70. Jahrgang.

Die Lösung des Garantieproblems.

D. Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die belgische Regierung hat ihrem Vertreter in der Reparationskommission mitgeteilt, daß sie in der Frage der deutschen Schadenschuldung von Deutschland erlangt habe. Delacroix soll den Standpunkt seiner Regierung der Reparationskommission bereits mitgeteilt haben, die gestern eine offizielle Sitzung abgehalten hat.

Belgien wird nun Deutschland erlauben, ihm die zwei bereits verfallenen Schadenschulden von je 50 Millionen Goldmark zu übergeben und außerdem schriftliche Garantien für das nächste Jahr zu leisten. Der belgische Minister des Äußeren hat gestern nachmittag dem deutschen Gesandten in Brüssel mitgeteilt, daß die belgische Regierung mit der Garantieleistung der deutschen Schadenschulden durch die Reichsbank einverstanden wäre. Damit ist das sechsmonatige Moratorium für die seit dem 15. August fälligen und nicht geleisteten Reparationsraten von insgesamt 270 Millionen Goldmark gebilligt worden. Die belgische Regierung dürfte sofort nach Eingang der ersten Schadenschulden für die Termine des 15. August und 15. Sept. eine entsprechende offizielle Mitteilung der Reparationskommission zugehen lassen. Infolge des internen Abkommens der Reichsbank mit der Bank von England, die fünf Belgien die achtmonatige Prolongation der Reichsbank zu sich genommen zu haben scheint, dürfte die Reichsbank in den nächsten Monaten nicht mehr vor die Notwendigkeit gestellt werden, in dem Umfang wie bisher Devisenkauf vorzunehmen zu müssen. Die Hauptfrage in dem deutsch-belgischen Abkommen ist die Unterbrechung der deutschen Reichsbank. Die belgischen Bankiers und Sachverständigen hätten erklärt, daß mit dieser Garantie die Schadenschulden sofort abbezahlt werden könnten, so daß die belgische Regierung sofort Geld erhalte. In dem Augenblick, da der Präsident der Reichsbank die Unterbrechung der Reichsbank für ihre Deckung, und mit Rücksicht darauf, daß die ausländischen Banken die Diskontierung der Schadenschulden ohne weiteres vornehmen.

Der Beschluß der belgischen Regierung.

W. T. B. Paris, 19. Sept. Der Berichterstatter des „Temps“ meldet, daß man, um die Wahrheit zu sagen, in Brüssel nicht mehr einen günstigen Ausgang der Verhandlungen erwartet habe. Am Montagabend 7 Uhr habe Minister Lippart den deutschen Geschäftsträger Landsberg zu sich gebeten und ihm mitgeteilt, daß die belgische Regierung entschlossen sei, am Dienstagmittag, ohne weiter auf die Antwort der deutschen Regierung zu warten, der Reparationskommission ein Protokoll über die deutsche Verpflichtung zu überreichen. Die Dinge hätten heute früh infolge eines Schrittes des deutschen Geschäftsträgers plötzlich eine günstige Wendung genommen. Um 11 Uhr sei der deutsche Geschäftsträger zum Minister des Äußeren gekommen und habe ihm mitgeteilt, daß Deutschland die von Belgien bei den Verhandlungen in Brüssel aufgestellten Bedingungen, deren Annahme es zuerst verweigert habe, jetzt und ohne Vorbehalt annehme. Über den Besuch wurde eine amtliche Note ausgeben.

Die amtliche Feststellung schließt, daß unter diesen Umständen die belgische Regierung die freundschaftliche Lösung der Meinungsverschiedenheiten auf den Grundlagen, die die belgische Delegation in Brüssel feststellt, beabsichtigt.

Nach dem Berichterstatter hat der belgische Minister des Äußeren heute vormittags noch den französischen und englischen Botschafter empfangen, denen er von dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung gemacht habe. Die belgische Regierung werde jetzt sofort ihren Bericht an die Reparationskommission abgeben. Sie werde darin der Kommission von dem Ergebnis der auf Grund des Mandats vom 31. August angetretenen Verhandlungen Mitteilung machen und anzeigen, daß die deutschen Vorschläge für befristet und geeignet erschienen die sofortige Diskontierung der Schadenschulden zu erlauben.

Nach dem „Intransigent“ hat die belgische Regierung ihrem Vertreter in Paris bereits Mitteilung von dem Ergebnis der Verhandlungen gemacht. Delacroix habe die Reparationskommission benachrichtigt, die noch heute eine offizielle Sitzung abhalten werde, um allen ihren Delegierten zur Kenntnis zu bringen, daß mit der Durchführung der am 31. August einstimmig gefassten Entschlüsse begonnen worden sei. Die Kommission werde dann beschließen, noch einige Tage zu warten und dann zu einer offiziellen Sitzung zusammenzutreten, um die zwischen Belgien und Deutschland aufstehende gemeinsame Einigung einfach zu bestätigen.

Die Unterschrift der Reichsbank.

Dr. Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Abmachungen zwischen der deutschen Reichsbank und der Bank von England über die belgischen Schadenschulden empfindet die „Voss. Ztg.“ als recht lindenhaft. Sie meint, die Öffentlichkeit erfahre nichts weiter, als daß die Reichsbank sich bereit erklärte, die Schadenschulden für die belgischen Reparationszahlungen bis zum 31. Dezember zu unterstützen. Da die belgischen Unterhändler in Brüssel erklärt hätten, auf der Demotierung von Geld im Ausland nicht bestehen und die Unterbrechung der Reichsbank als genügend anerkennen zu wollen, könne der belgische Zwischenfall als erledigt gelten. Die Verhandlungen seien nur deshalb unterbrochen worden, weil Deutschland die Schadenschulden entweder gleich auf eine Laufzeit von 18 Monaten ausstellt oder die Zusage zu erhalten wünschte, daß die in 6 Monaten ausfallenden Schadenschulden zweimal um die gleiche Frist verlängert werden dürfen. Der formellen Forderung der Reparationskommission sei mit der neuerlichen Erklärung der Reichsbank Genüge getan und somit dürften die belgischen Frankfurter Briefe hinlänglich sein. Wenn die Reichsbank in ihren Überzeugungen über das, was nach der belgischen Seite hin zu erwarten ist, so liegt das nicht etwa daran, daß sie der öffentlichen Kenntnis irgend etwas vorzuenthalten wünsche, sondern es habe den Anschein, als ob die Reichsbank über diese Einzelheiten selbst nicht unterrichtet sei.

In Berliner politischen Kreisen verlautet, Reichsbankpräsident Davenheim habe in der letzten Rati-

onferenz lediglich die Versicherung gegeben, daß er vor Ablauf von 18 Monaten vom Reich keine Barzahlungen für die Schadenschulden verlangen werde. Er habe über keine Verhandlungen in London den Standpunkt eingenommen, daß die Schadenschulden mit der Bank von England privater Natur seien und daß er darüber niemand Rechenschaft schuldig sei. Bei der vorläufigen Natur des Reichsbankpräsidenten darf man wohl als sicher annehmen, daß er genügend Bedenken nach laienmännlichen Grundrissen für das Berechnen gegenüber der Reichsbank zu haben glaubt. Was die Einzelheiten des Geschäftes anbetrifft, so liegt die Vermutung sehr nahe, daß das Trillierungsdepot, das die deutsche Reichsbank bei der Bank von England besitzt, die Grundlage für die Kreditgewährung bildet.

Reservierte Auffassung in Frankreich.

D. Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In englischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien entstanden waren, infolge der privaten und zufriedensetzenden Verhandlungen, die der Präsident der Reichsbank mit den englischen Banken führte, als überwunden gelten können.

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

W. T. B. Genf, 19. Sept. Am Ende der heutigen Abend-Sitzung des Völkerbundes wurde schließlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas ausführlich den Antrag, der als Voraussetzung für die Abklärung der Lösung der Reparationsfrage, die Frage der interalliierten Schulden, wie überhaupt der schweren Wirtschaftskrise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet. Unter großer Spannung aller Delegierten erklärte de Jouvenel, daß Frankreich mit einer Ausdrucksweise über diesen Punkt einverstanden sei und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge ausgearbeitet hat. Damit den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme bliebe, beantragte er, daß erst in der nächsten Sitzung die Debatte eröffnet werde. Weniger als irgend ein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. Schon bei meinem ersten Auftreten hier, sagte de Jouvenel, wies ich darauf hin, daß wir nur zu einem Ergebnis in der Abklärungsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Krieg eine Rolle spielten, auch im Frieden eine Rolle spielen. Der militärische Friede könne nur die Folge der moralischen Abklärung sein, wie schon früher Clemenceau sagte, die Folge des intellektuellen Friedens. Wenn man zu einer Konföderation des Friedens gelangen will, müssen die Folgen des Weltkrieges beseitigt sein. — Silber (England) dankte de Jouvenel und stellte eingehende Fragen. — (Belgien) auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging unter lebhaften Kundgebungen der Delegierten, der Pressevertreter und des Publikums der Austausch auseinander.

Sie seht gestern Abend haben hier schon Gerüchte um, daß die heutige Sitzung bedeutende Erklärungen bringen werde. Der Antrag Lord Robert Cecil war nach allem, was man hört, nach vorherigen eingehenden Beratungen mit der Souveränität formuliert worden, wie auch die französische Delegation erst nach langen Beratungen und in Abstimmung mit der Pariser Regierung an die Ausarbeitung ihrer Vorschläge herantrat.

Der gestrige Ministerrat in Paris.

D. Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Ministerrat ist gestern morgen im Elysee unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten. Die ganze Sitzung war der Prüfung der Orientfrage gewidmet in Erwartung der Besprechungen, die Poincaré mit Curzon haben soll. Das offizielle Kommuniqué, das ausgeben wurde, lautete: Herr Poincaré hat dem Ministerrat die Instruktionen erteilt, die an die französischen Agenten bei den alliierten Regierungen über die Orientfrage abzugeben sind. Viele Instruktionen betreffen in allen Punkten die früher von der Regierung in Anbetracht der Erhaltung des Friedens im Orient festgesetzte Politik. Es ist ebenfalls beschlossen worden, einen neuen Ministerrat am nächsten Freitag einzuberufen und in die Prüfung der Orientfrage einzutreten. Über die Verhandlungen des Ministerrates ist weiter nichts bekannt geworden, doch ist es unwahrscheinlich, daß die bisherige Politik Poincarés voll und ganz gebilligt worden ist.

Die Dardanellen unter Völkerbundkontrolle?

D. Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Anagora-Regierung hat neuerdings ihre Bedingungen folgendermaßen formuliert: Sie fordert die rasche Friedeinstellung der Türkei und den alliierten schwebenden Fragen. Sie verpflichtet sich, den Widerständen den nötigen Raum zu gewähren. Sie stimmt der Abklärung der Meerengen und der Freiheit der Schifffahrt auf ihnen unter der Kontrolle des Völkerbundes zu. Sie kann aber niemals eine militärische Besetzung Gallipolis in irgend einer Form dulden.

Die englische Mobilmachung.

Das Geheiß eines englisch-türkischen Krieges beginnt Fleisch und Blut anzunehmen und zur Wirklichkeit zu werden. England mobilisiert. Seine Truppen beginnen bereits Schiffsreisen zur Verteidigung der Meerengen auszuheben. Immer mehr Abteilungen von Land- und Seestreitkräften werden nach Konstantinopel beordert. Von der anderen Seite rücken die französischen türkischen Truppen vor und haben bereits teilweise die Grenze der neutralen Zone erreicht. Zusammenstoß können jeden Tag beginnen. Noch arbeitet zwar die englische Diplomatie fieberhaft hinter den Kulissen. Die englischen Dominions werden zur Hilfeleistung aufgerufen und die europäischen Bundesgenossen werden mit roten Bombardieren. Aber die Rüstungsanstrengungen der letzten Tage und Stunden beweisen, daß man in London keinen rechten Glauben mehr an die Vermehrung des neuen Krieges hat. Die wichtigsten und bedeutendsten Meldungen aber kommen jetzt aus Paris und Rom. Frankreich und Italien wollen die englische Kriegspolitik nicht unterstützen. Die französische Regierung hat bereits dem General Koller den Befehl erteilt, die französischen Truppen auf die europäische Seite der Dardanellen zurückzuführen, und die italienische Regierung hat ohne Umschweife erklärt, daß sie an einem Krieg gegen die Türkei nicht teilnehmen werde. So steht also England allein auf weiter Flur und muß die Freiheit der Meerengen allein verteidigen, wenn es auf seiner bisherigen Orientpolitik bestehen bleibt. Aber der Rückzug der Franzosen und Italiener von dem englischen Kriegssplan führt zugleich eine Krise für die Entente und die Allianz der europäischen Großmächte herbei, die von weittragenden Folgen für die Zukunft der europäischen Politik und der Weltpolitik werden kann. Insofern hat auch Deutschland alle Ursache, die Weiterentwicklung der nächsten Zeit mit anstrengender Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Einkauf in London.

W. T. B. London, 19. Sept. Wie Reuters von zuverlässiger Seite erfährt, wurde Kemal Pascha mitgeteilt, daß wenn er die neutralen Zonen nicht verläßt, es nicht zum Kampfe kommen werde. Verlasse er sie aber, dann werde man entweder zurückweichen oder Widerstand leisten und sich schlagen müssen. Obgleich kein endgültiges Anzeichen über seine künftige Haltung vorliegt, sei jetzt bekannt geworden, daß er kurz nach seiner Ankunft in Smirna der britischen Regierung mitgeteilt habe, daß er sich nicht als im Kriegszustand mit England befindlich ansehe. Rechtlich betrachtet befänden sich alle Alliierten im Kriegszustand mit der offiziellen Türkei, aber eine Regelung der Beziehungen der Alliierten mit Mustafa Kemal sei niemals erfolgt. Die Mitteilung vom Samstag habe lediglich den wesentlichen Faktoren der politischen und militärischen Lage und die im Hinblick auf eine etwaige Verletzung der neutralen Zonen bereits ergangenen Warnungen und Absichten derjenigen kundgegeben, die mit der Ausführung der Vertragsbestimmungen betraut sind.

W. T. B. London, 19. Sept. Reuters erfährt von maßgebender englischer Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgend etwas unternehmen werde, was auf einen neuen Krieg hinauskomme, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder zu Wasser plane. Es handle sich nicht darum, daß die Alliierten jetzt einiger Zeit in den neutralen Zonen um den Bosporus und die Dardanellen herum trüben hätten. Diese französischen englischen und italienischen Truppen hätten die Ausführung der Verpflichtungen aus dem Vertrag von Sèvres. Die Frage, um die es sich handle, sei lediglich der Schutz dieser Streitkräfte gegen jede mögliche Gefahr und nicht Krieg gegen irgend jemand. Kemal Pascha sei davon benachrichtigt, daß er die Zonen nicht verlassen dürfe und welche Folgen eine Verletzung nach sich ziehen würde.

Eine gemeinsame Note an die Anagora-Regierung.

W. T. B. Paris, 19. Sept. Nach einer Doxasmeldung aus Konstantinopel haben die ersten Dramanten der alliierten Oberkommandos dem Vertreter der Anagora-Regierung in Konstantinopel eine Note mit der Bitte übermittelt, sie dringlich an die Anagora-Regierung weiterzuleiten. In der Note wird erklärt, daß England, Frankreich und Italien es als wünschenswert ansehen, ohne Präjudiz für die zukünftigen Annahmen des Friedensvertrages, daß die Neutralität der gegenwärtig von den Alliierten in der Gegend von Konstantinopel besetzten Zone und die Neutralität der Meerengen aufrecht erhalten wird.

Ein Ultimatum der Kemalisten an die Verbündeten?

D. London, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Konstantinopeler Berichterstatter des „Daily Telegraph“ verbreitet die aufsehenerregende Meldung, daß Mustafa Kemal Pascha den Verbündeten ein Ultimatum gestellt habe. Konstantinopel binnen sechs Tagen zu räumen.

Der Korrespondent bezeichnet die Frage als äußerst kritisch. Er sagt, das Meer der Kemalisten markiere fast vollständig geschlossenen gegen Norden, nach den Dardanellen und dem Bosporus. Kemal Pascha könne 70.000 Mann ins Gefecht werfen. Nach einer Meldung des „Daily Express“ sollen nach einer Erklärung der Vertreter Anagoras die türkischen Friedensbedingungen sich seit 1918 nicht geändert haben. Sie bestehen in vollständiger Unabhängigkeit innerhalb der Landesgrenzen. Von den Meerengen wird nichts bemerkt.

Der Vormarsch der Türken.

W. T. B. Paris, 20. Sept. Wie der „Matin“ mitteilt, hat der Vertreter der Anagora-Regierung in Paris, Ferid Bey, erklärt, daß die Kemalisten die Absicht hätten, auf Tiflis anzugreifen, aber an der Grenze der neutralen Zone die Entschlüsse der Mächte abzuwarten.

Der Zusammenbruch der griechischen Armee.

W. T. B. Paris, 19. Sept. Nach einer Meldung des „Intransigent“ aus Belgrad sollen die griechischen Truppen in Thrazien gemeutert und sich der Eisenbahnen bemächtigt haben, um in ihre Heimat zurückzukehren.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Br. Augsburg, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Aus den Ergebnissen der am Dienstagvormittag vorgenommenen Abstimmungen über die zu dem Bericht des Parteivorstandes vorliegenden Anträge sind eine Reihe von politisch bemerkenswerten Beschlüssen hervorgegangen. Die Frage der Reorganisation des Reiches wurde einem 24-gliedrigen Ausschuss überwiesen. Annahme fand weiter ein Antrag des Parteivorstandes, der die dringlichste Entfernung von monarchistisch-reaktionären Beamten aus der Schulpolizei und deren Umgestaltung zu einem zuverlässigen Instrument der Republik fordert. Im Fall Kallista fand ein vom Bezirk Wiesbaden vorgeschlagener Antrag Annahme, daß die Ausstellungen einiger Sozialdemokraten gegenüber dem Tagstuentag zu beenden seien. Abgelehnt wurden Anträge, welche die Mitgliedschaft in Kriegervereinen als mit den Parteipflichten unvereinbar bezeichnen wollten.

Der Bericht der Reichstagsfraktion erstattete am Dienstagmorgen Nagel (Münster). Außenpolitisch mußte erwartet werden, daß die Vernunft bei den Gebern wiederkehrte, ehe es zu spät und Deutschland zusammengebrochen sei. Deutschland würde sich selbst aufgeben, wenn es das Vertrauen zu der Währung des eigenen Landes verliere. Die Haltung der Reichstagsfraktion zu den Steuererhöhungen sei durch den schweren außenpolitischen Druck vor der Konferenz von Genoa bedingt gewesen. Ein Rückzug von dem Steuerreformprogramm hätte eine Verschlechterung der politischen Lage nach außen und innen und eine Schmäherung der Befugnisse auf Kosten der Arbeiterklasse bedeutet. Ohne Verbrauchssteuern könne der ungeheure Bedarf des Reiches nicht gedeckt werden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wandte sich gegen Redner der agrarischen Gruppe, von denen die Sozialisierung und die Erhaltung der Sachwerte als Schlagworte bezeichnet worden waren. Der Minister hielt dem entgegen, die sozialdemokratische Partei müsse an dem Ende der Verwirklichung des Sozialismus, der Beseitigung des kapitalistischen Produktionsystems unerschütterlich festhalten. Die Sozialisierung werde noch lange nicht zum Schlagwort, wenn auch die Erteilung bei der jetzigen kapitalistischen Form des Wirtschaftslebens nicht durchgeführt werden könne. Sie bleibe das Ziel, das gesetzt ist. Die Erhaltung der Sachwerte bilde einen vorübergehenden Schritt zur Sozialisierung. Das wirtschaftliche Leben würde durch die Erhaltung der Sachwerte keine Störung erfahren. Mit dem langfristigen räumlichen Borneben habe der sozialdemokratische Gedanke der Erhaltung der Sachwerte, der streng auf lachlichem Boden fuße, nichts zu tun.

Der preussische Innenminister Severing behandelte die aktuellen Fragen der Demokratisierung der Verwaltung und der Zukunft der Schulpolizei. Die Demokratisierung der Verwaltung drohe allerdings zu einem Schlagwort zu werden. Eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen liege in der jetzigen Übergangszeit keineswegs im Interesse der Republik. Es dürfe jetzt keine Rede davon sein, die Zentralgewalt zu schwächen. In der Zeit des Ausbaus der Schulpolizei im Jahre 1919 seien auch reaktionäre Elemente eingestellt worden, die man umständlicherweise als Beamte übernehmen könne. Zudem habe nach nicht, was aus der Schulpolizei unter dem Druck der Entente gemacht werden müsse. Auf diesem Gebiet solle weniger geredet und mehr gehandelt werden.

Vern Rein (Berlin) beauftragte, daß Stinnes den ihm zugeschriebenen Einfluß in der Volkspartei habe. Eine ernsthafte Frage sei allerdings, inwieweit vielleicht die Möglichkeit bestehe, daß die hinter Stinnes stehende ungewisse Kartellmacht politischen Einfluß zu nehmen verusche. Wenn die Kartellmacht bestünde, daß die Produktion gefördert werden müsse, so müsse die Arbeiterschaft frei gemacht werden von der Beherrschung durch bestimmte Schläger.

Dr. Schiffer über die Arbeitsgemeinschaft.

Br. Berlin, 20. Sept. Dr. Schiffer hielt laut „B. Z.“ in einer demokratischen Versammlung in Bernau bei Berlin eine Rede, in der er zur Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Volkspartei und Zentrum ausführte. Grundbedingung müsse ein klares Bekenntnis der Volkspartei zur Republik sein. Es sei eine Verleumdung in der Arbeitsgemeinschaft einen beginnenden Bürgerkrieg zu sehen. Zusammen mit der vereinigten Sozialdemokratie müsse die Arbeitsgemeinschaft eine verbreiterte Basis für die Verfassung sein.

Die Kreditnot der Gemeinden.

Br. Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Laut „Deutscher Volkswirtschaft“ leben sich die deutschen Girozentralen, die gemeindefähig mit den Sparkassen den kommunalen Kredit gewährt haben, gezwungen, öffentlich auszusprechen, daß sie ihre Hilfeleistung jetzt einstellen müssen. In einem Beschlusse, der den Stadtverwaltungen zugeht, heißt es u. a. Da die Kreditanträge der kommunalen Verbände dauernd steigen und die den Girozentralen zufließenden Mittel hinter dem Bedarf zurückgeblieben sind, sind die Girozentralen nicht mehr in der Lage, den Kreditanforderungen in dem gewünschten Maße zu entsprechen.

Staatstheater.

Gaskpiel des russischen Kammerballetts.

Die Überführung mit russischer Kunst, der wir in der letzten Zeit ausgesetzt waren, hat das Gute gehabt, daß der reichlich verworfene Begriff, den uns gedanklich allzu sehr belastet, Tänzern und Kunst aus dem Bewusstsein zu löschen wurde. Da wurde gelacht und ermuntert, wer immer vom besten Willen befeuert, ein Neues schöpferisch gestalten wollte mit Mitteln, die nur gefühlsmäßig erkennbar waren, deren optische Wahrnehmung beengte blieb und bleiben mußte, weil der Ausdruck über die Technik gestellt und sich ohne ihre völlige Beherrschung doch nicht reiflos erschöpfen ließ. Einige wenige Ausnahmen, blieb die Erfüllung höchster Erwartungen, die gestellt wurden, aus. Und dann kamen wieder die Russen und mit ihnen wurde die Erinnerung geweckt an die Blütezeit klassischer Ballettkunst, die mit der Prägnanz des Stils und der Sicherheit des Ausdrucks die technische Vollendung und die Freude an der schönen Form gemeinsam hatte. Einzelne und im Ensemble ließen sie sich im Lauf dieses Sommers in Gaskpielen sehen und bedauerten, wenn auch Wiederholungen erkennbar waren, doch stets eine erfreuliche Bekräftigung für die Tatsache, daß wirkliche künstlerische Leistung erst dann ihren vollen Ausdruck findet, wenn ihr die Grundlagen, in diesem Fall das faszinierende technische Können, bis in die letzte Phase tänzerischer Gestaltungsmöglichkeit, nicht fehlen. Diese erfreuliche Feststellung war auch bei dem Gaskpiel des russischen Kammerballetts im „Großen Haus“ am Dienstag zu machen. Alexander Gassilow, ehemals der Partner der Karolina, war der Gestalter einer Reihe von Tänzern und gleichzeitig ihr Hauptinterpret. Seine labelfähige Gewandtheit sowie die imponierende Gelenkigkeit seines Körpers verblüfften ebenso wie die tänzerische Reife bis zur Edelakrobatik vollendeten Leistungen der üblichen Mitgließer des Ensembles. Besonders die beiden ersten Tänzerinnen, A. Dorlova und R. Vianini, deren Entenentwurf und Körperhaltung bewundernswert ist, sowie der federnde Schwung des Tänzers Semioff lassen erkennen, bis zu welchem Grad sich eine tänzerische Aufgabe künstlerisch erschöpfen läßt. Die Bühne des Großen Hauses war der geeignete Rahmen für die Aus-

Wiesbadener Nachrichten.

Die Schwierigkeit der Wagenstellung bei der Reichsbahn. Die Reichsbahndirektion Mainz teilt uns mit: Seit einiger Zeit ist die Wagenstellung infolge der fortwährenden Ernte und des Einlebens der Hausbrandverlängerung für den Winter schwierig. Die Schwierigkeiten werden sich bei offenen Wagen noch mehr erhöhen, als von dem Infraktieren des Überdachtenabkommens in den Steinbohlenbezirken eine weitere Erleichterung des Wagenbedarfs zu erwarten ist. Die Eisenbahnverwaltung hat ihrerseits Borsorge getroffen, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Sie ist dauernd bemüht, den Wagenumlauf zu beschleunigen. Diese Bestrebungen können aber nur dann von Erfolg sein, wenn sie auch von den Verkehrsbeteiligten unterstützt werden durch möglichst beschleunigte Be- und Entladung der bereitgestellten Wagen. Be- und Entladung der Wagen auch nachmittags, insbesondere an Samstagen, und schließlich durch weitgehende Ausnutzung des Ladegewichts. Nur wenn alle Beteiligten sich der Wichtigkeit der Beschleunigung des Wagenumlaufs bewußt sind und im Interesse des Volksgutes rechtzeitig die der Beschleunigung dienenden Maßnahmen — wie Veranlassung von Überstunden und Einstellung von Be- und Entladearbeitern an Nachmittagen usw. — anwenden, wird die Eisenbahnverwaltung von Anordnungen, wie Verfürzung der Ladestellen und Erhöhung von Wagenstandgeld absehen können.

Die Bezeichnung zum Großhandel mit Kartoffeln. Der Polizeipräsident gibt erneut bekannt: Es mehren sich die Fälle, in denen Personen Großhandel mit Kartoffeln treiben bezw. Kartoffeln zur Weiterveräußerung aufkaufen, ohne im Besitz der erforderlichen Erlaubnis zu sein. Es wird daher wiederholt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß arbeitsmäßig jeder, der Kartoffeln beim Erzeuger aufkauft, mit Ausnahme solcher Personen, welche dieselben zum eigenen Bedarf aufkaufen, der Auflauferslaubnis bedürfen, die durch das beim Herrn Regierungspräsidenten einzureichende Kollegium zu erteilen ist. Gleichgestellt ist wie bisher der Ankauf für Gemeinden, Gemeindevorstände, Betriebe usw. Nur die Inhaber einer Erlaubnis nach § 10a der Verordnung vom 23. Mai 1922 (Reichsgesetzblatt Seite 487) bedürfen der besonderen Erlaubnis nicht, wenn sie die Kartoffeln in eigener Person aufkaufen. Dagegen bedürfen sie wiederum der Erlaubnis für ihre Angestellten. Auch der Ankauf innerhalb des Bezirks des Kommunalverbandes des Bodensees ist genehmigungspflichtig. Jeder, der die Auflauferslaubnis für Kartoffeln haben will, daß sich an den zuständigen Landrat bezw. Polizeipräsidenten zu wenden.

Erzeugung und Verbrauch des Reischbrandweins. Braumwein ist im 1. bis 3. Viertel des Betriebsjahres 1921/22 in monopolfreien Betrieben insgesamt 1158 548 Hektoliter erzeugt. In Lager, Reinigungsanstalten oder Betriebe der Monopolverwaltung aufgenommen wurden 247 135 Hektoliter. Den Brennerei- und Stoffstillern überlassen wurden 97 199 Hektoliter, gegen Ausfuhrvergütung ausgeführt oder in Ausfuhrlager aufgenommen 1182 Hektoliter usw. Im ganzen verblieben in Braumweinlagern unter amtlicher Überwachung 30 593 Hektoliter.

Kursauskarten für das letzte Vierteljahr 1922 werden, wie im Anzeigenteil veröffentlicht wird, von heute ab ausgegeben.

Einkellung ausländischer Landarbeiter. Der Reichsverband der Landwirte hat auch für das Jahr 1923 angeordnet, daß ausländische Landarbeiter in Deutschland nur dann eingestellt werden dürfen, wenn nach Anhören der ausländischen Konsulate und des Arbeitsnachweises das Landesamt für Arbeitsnachweis die Genehmigung dazu gegeben hat.

Geschichtsvorlesungen. Der Untergang der antiken Welt in seinen Ursachen und seiner Bedeutung“ soll das Thema bilden, welches unter der rührigen Leitung der Hochschullehrer am Samstag, den 24. Sonntag, den 25. und Montag, den 26. September, abends 8 Uhr, in der Aula des Museums 2 am Bockenplatz abgehalten werden soll. Für diese Vortragsreihe, die in unserer Zeit auf ganz besonderes Interesse rechnen darf (vergl. Spenglers „Untergang des Abendlandes“) ist Eduard Meyer, Professor der alten Geschichte an der Universität Berlin, gewonnen worden. Wenn Eduard Meyer hier auch noch nicht gesprochen hat, so dürfte doch sein Name über den Kreis der Fachgelehrten hinaus diesen bekannt sein, denn seine umfängliche Gelehrsamkeit, seine außerordentliche Begabung für Sprachen und sein hervorragendes Geschichtsbild haben ihn zu einem der ersten Vertreter deutscher Geschichtswissenschaft gemacht, dessen Bedeutung auch das Ausland schon früh erkannt hat, und der um seiner Bedeutung willen vor dem Krieg nach Nordamerika gelangt wurde, um dort im Jahre 1909 an der Harvard-Universität Vorlesungen als Austauschprofessor zu halten. Als Verfasser der auf breiter Grundlage entworfenen, bereits in mehreren Bänden vorliegenden „Geschichte des Altertums“, in der er wie kein anderer vor ihm die Aufgabe löste, die Geschichte der gesamten Mittelmeerwelt als eine Einheit zu betrachten, dürfte Eduard Meyer der geeignetste Mann sein, keine Hörer einzuführen in das Problem, das obiges Thema ausfüllt, und dessen Lösung noch nicht reiflos gelöst ist. Für den

wirkung solcher Tanskunst. Die tänzerischen Ideen verrieten Geschmack und schöpferische Intuition sowie ein tiefes Gefühl für dekorative und formale Bildgestaltung. Der mimische Ausdruckswille war gerade so weit wahrnehmbar, daß er die tänzerische Form nicht überwucherte. Tanzfreudigkeit und Temperament und — da, wo es die Absicht des Tances erforderte — ein feiner Humor, taten ein übriges, um den glänzenden Eindruck zu vollenden. Sehr dröckig wirkten die Marionetten eines Tanzbürgers und ein „Hirt“. Eleganz und Grazie in allen Tansen, bei denen es in erster Linie auf die Verformung der schönen Form ankam. Bis zur Erlebnisgestaltung verdrängte sich der Eindruck in einer Szene, die nach Meyers Aufforderung zum Tanz“ gelangt wurde. Die tanzenden Wirbel eines Tarentelanzes befehlten das Programm, dem das Orchester des Staatstheaters unter Leitung Dr. Richard Tanners harmonischen Antrieb und melodischen Inhalt gab. Der starke Beifall der Zuschauer machte besonders im zweiten Teil, mehrfache Wiederholungen erforderlich.

Kleine Chronik.

Wissenschaft und Technik. Geheimrat Professor Dr. Hans Baibinger bezieht am 25. September seinen 70. Geburtstag. Baibinger ist Schöpfer der Philosophie des Als Ob und der Begründer und erste Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft, die mit ihren 5000 Mitgliedern die größte philosophische Organisation der Erde darstellt. Er wirkte als Privatdozent und außerordentlicher Professor 7 Jahre in Straßburg und wurde 1884 an die Universität Halle berufen. Der Gelehrte, der vor etwa 10 Jahren an einem schweren Augenleiden, das allmählich zu seiner Erblindung führte, erkrankt ist und der infolgedessen die Lehrtätigkeit aufgeben mußte, hat mit seiner „Philosophie des Als Ob“ schon in jungen Jahren begonnen. Das fertige Werk blieb 36 Jahre im Schreibstisch liegen, bis es im Jahr 1911 im Druck erscheinen konnte. Heute ist es bereits in acht Auflagen verbreitet und in viele fremde Sprachen überfetzt. Zur Weiterführung des Baibingerischen Systems hat sich eine Vereinigung der Freunde der Philosophie des Als Ob“ gegründet, die Mitglieder in allen Ländern der Erde hat.

Untergang der antiken Welt werden in der wissenschaftlichen Welt bald diese, bald jene Ursachen angeführt, wie a. B. auch von Oswald Spengler in „a. B. Welt“. In früherer Zeit machte man vornehmlich den Germaneneinbruch und das Christentum dafür verantwortlich; in unserer Zeit naturwissenschaftlicher und sozialer Anschauungen spricht man von der Austottung der Rassen oder auch von der Entwicklung katastrophaler wirtschaftlicher Verhältnisse. Wir meinen, daß solch gewaltiges Geschehen nicht aus einer Ursache quillt, sondern daß es das geheimnisvolle Ergebnis ist einer Fülle zusammenwirkender, allerverbreiteter Ursachen. Man darf gespannt sein, welche Stellung Eduard Meyer als Nachfolger Theodor Mommsens zu diesen Fragen einnimmt. Wir sind den „Hochschullehrern“ dankbar, daß sie einen Mann von der unterbreiten Bedeutung Eduard Meyers nach Wiesbaden bringen.

Dienstverläßlichkeit bei vorübergehender Dienstbefreiung. Nach den in den beteiligten Reichsministerien aufgestellten Richtlinien über die rechtliche Stellung der verbeirateten Beamtinnen hat die Beamtin und Lehrerin während der aus Anlaß der Niederkunft gewährten Dienstbefreiung auf die Dauer von 10 Wochen das volle Dienstverdienst, für etwaige weitere 7 Wochen das halbe Dienstverdienst zu erhalten; darüber hinaus steht ihr ein Anspruch auf Dienstverdienst nicht zu. Wird die Beamtin aus dienstlichen Gründen gegen ihren Willen über die in dem Erlass vom 22. April 1922 gedachte Zeit vor der Niederkunft vom Dienst befreit, so ist ihr das volle Dienstverdienst für diese Zeit zu gewähren. Bestimmungen über die Zahlung des Dienstverdienstes in Krankheitsfällen bleiben unberührt. Vertretungskosten dürfen der Beamtin resp. Lehrerin während der aus Anlaß der Niederkunft gewährten Dienstbefreiung nicht zur Last gelegt werden.

Kellerbrand. Heute vormittag wurde die Feuerweh nach einem Haus an der Dohmerstraße gerufen. Auf bisher noch unermittelte Weise waren dort in einem Keller die Bekettis in Brand geraten. Nach gründlicher angestrebter Tätigkeits konnte die Wehr die Brandstelle wieder verlassen.

Die israelitische Kultusgemeinde veranstaltet an den nächsten Feiertagen zwei Gottesdienste in der Hauptkapelle am Hohenloherg und mit konfessionellem Kultus in der Sage-Witz, Friedrichstraße 35.

Vorderichte über Kunst, Vorträge und Wandermot.

Staatstheater. Die letzten Hauptpartien der „Fälscher von Geld“, die Freitag ihre Aufführung in Kleinen Haus erleben, bringen Hilja Goldberg-Thiele und Ludwig Hoffmann, die beiden Hauptrollen Feinrich Schorn und Franz Meier. Das Ballett soll in die Nacht der Fälscher. Die Karmenverstellung hat den hier anwesenden Prof. Rolland für eine Zauberverstellung verpflichtet, die am Samstagabend 4 Uhr im Kleinen Saale des Kurhauses stattfinden. Die Vorstellung ist in der Hauptsache für die Jugend gehalten, doch sind die Vorstellungen auch für Erwachsene von Interesse. — Veranlaßt durch die Erfolge, die das italienische Ballett mit seinem unverwundlichen Gespielen in diesem Monat im Kurhaus hatte, wird am Freitag dieser Woche, den 22. September, ein leichtes Gespielen des Ensembles mit vollständig neuem Programm stattfinden.

Konzert. Der junge Komponist Hans Fieischer, der von seinem Kompositionsschule in Januar 1921 bei noch in bester Erinnerung steht, wird am Mittwoch, den 27. September, im großen Saal, abends 8 Uhr, im Verein mit dem Geiger und Statthalter Ernst G. S. und dem Organisten Eberhard H. R. ein Konzert eigener Werke (Sonaten und Lieder) geben.

Gutten Jacobs. — Die Tribüne. Man schreibt uns: Gutten Jacobs hat seine Sommer-Tournee, die ihn durch zahlreiche Städte in Bayern, Schwaben, am Rhein und an der Mosel wie auch nach Norddeutschland brachte, beendet und wird am Samstag, den 30. September, abends 8 Uhr, im Kasino seinen ersten diesjährigen Abend geben unter dem Titel „Licht und Schatten“. Der Vorverkauf hat bereits bei Reitenmeyer, Göttinger und bei Wolff, Friedrichstraße, begonnen. — Da Gutten Jacobs bereits im Oktober wieder für Gespielen in Berlin, Genua, Kassel, Braunschweig usw. verpflichtet ist, so kann die Tribüne diesen Winter nur in beschränkter Maße durchgeführt werden. Vorverkauf hat nur drei Vorstellungen im Monat vorgesehen, teils im Wintergarten, teils im Kasino.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Zugung der Rheinischhahri.

Mannheim, 20. Sept. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Rheinischhahri hielt am Samstag hier unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Gutten Stinnes-Wilhelm-Kuhle seine Hauptversammlung ab. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden glatt erledigt. Der Vereinspräsident Dr. Schmidt-Dulburg, Mitglied des Reichstages, sprach über „Wirtschaftliche Zeitfragen des Rheinverkehrs“. Der Redner bezieht dabei die Folgen des Friedensvertrages für die Rheinischhahri. Eine Flotte von 350 Fahrzeugen mit einer Tonnage von 600 000 Tonnen müßten Frankreich und Belgien gegeben werden, abgesehen von wertvollen Landanlagen. Der größte Teil der unter französischer Flagge fahrenden ehemaligen deutschen Schiffe wird nach wie vor von deutschem Personal begleitet und so spreche man von Mangel an gutem Willen Deutschlands. Als schweres Unrecht gegen den Rhein und gegen die Entente bezeichnete er, daß die Entschädigung kaum ausreiche, um ein Drittel der abgegebenen Tonnage wieder auszubauen. Weiter vermahnte der Redner auf die Bedeutung der bevorstehenden Revision der Rheinakte und die Beziehungen, den Verkehr vom Rhein abgesehen, so schon dieser Verkehr in den Jahren nach dem Kriege zum die Hälfte seiner Leistungen vor dem Kriege erreicht habe. Die bedingte Einführung von Wasserumlagungssteuern wurde als dringend notwendig bezeichnet. Weiter behandelte der Vortrag die Vertretung der Rheinischhahri im Reichseisenbahngesetz und die Errichtung der neuen Wasserstraßenbehörden, sowie der Beiträge in den Hafenverwaltungen. Schließlich wies der Redner scharf Kritik der Unterdrückung des holländischen Rheinischhahri durch den Deutschen Transportarbeiterverband. Dieser Streik habe die wirtschaftlichen Interessen auf das schwerste geschädigt, ohne auch nur den geringsten Erfolg für die Arbeitnehmer zu erzielen.

Wd. Mainz, 20. Sept. Gestern nachmittag hängte ein Teil des jüdischen unter der Bahnhofstraße des Hauptbahnhofs Mainz angrachteten Gefallen, des zur Ausführung von Antifaschistenarbeiten benutzte wurde, aus nach nicht aufgeführten Ursachen zusammen, wobei zwei der bei den Antifaschistenarbeiten beschäftigten Arbeiter herabfielen und schwer verletzt wurden. Ihre Überführung in das hiesige Krankenhaus erfolgte sofort. Der Gefallenverkehr wurde nicht gestört und Kollende hat nicht zu Schaden gekommen.

Wd. Göttingen, 20. Sept. Ein Händler aus Bodenheim hing dieser Tage in der Kibba einen Karpen, der 14 Pfund wog, den er für 70 M. das Pfund verkaufte.

Sport.

Tarngau Mittelmann. Am Sonntag traten in Göttingen i. T. über 500 Schüler, Jüglinge und Damen zum friedlichen Wettkampf um den höchsten Eigentum an. Vorgeschieden waren Übungen an Red, Barren und Pferd, sowie die vollständigen Übungen Weitsprung, 100-Meter-Lauf, Steinhängen (Ballwurf) und Freilebungen. Für die Damen fiel der Wettkampf weg. Die 10 ersten Sieger der einzelnen Wettbewerbe sind: Knaben: 1. Christian Pöcher, 2. Oppheim, mit 193 P., 2. Karl Heiliger, Tg. Niederrhein, und Otto Kellmer, Reichsbahn, mit 191 P., 3. Joseph Zimmermann, Niederjoch, und Ernst Seibert, 2. Ballan mit 189 P., 4. Karl Hofmann, Heilich, 5. Rolfen Kohn, 2. Weiden, Karl Götting, Tg. und Helmut Rieker, Klingen, 6. Karl Heiliger, Nordbahn, 7. Oskar Hartmann, Heilich, Karl Junger, 2. Weiden und Walter Schweiß, Rumbach, 8. Rudolf Rieker, 2. Oppheim, 9. Heinrich Bender, und Otto Krutner, Delfenheim, 10. August Rieker, Heilich und Adolf Schmidt, Wetzlar mit 18 P. — Jüglinge: 1. Erwin Ott, Delfenheim, mit 198 P., 2. Heinrich, 2. Ballan, mit 193 P., 3. Karl Seuer, 2. Oppheim, mit 192 P., 4. Johann Heinz, Niederjoch, 5. Otto Witten, Heilich, 6. Gustav Wog, Heilich, 7. Wille Rieker, Kiffel, 8. Otto Daber, Heilich, 9. Wilhelm Heiliger, Tg. Ballan, 10. Wille Rieker, Tg. Niederrhein, mit 178 P. — Damen: 1. Euphie Rieker, 2. Oppheim und Hilda Daber, Heilich, mit 165 P., 2. Hanna Rieker, 2. Oppheim, mit 154 P., 3. E. Schreiber, Rumbach, mit 153 P., 4. Edda Weitzer, 2. Oppheim, 5. Nina Richter, 2. Weiden, 6. Edda Schütz, 2. Weiden, 7. E. Rieker, Rumbach, 8. Paula Hüner und Martha Rieker, Heilich, 9. E. Schreiber, Heilich, 10. Elisabeth Rieker, 2. Oppheim und E. Rieker, Heilich, mit 143 P.

